

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis monatl. M. 35.—, vierteljährl. M. 85.—  
fern ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
Innereichlichen Verlehr 815.— einw. Postbestellgeld.  
Einzelnnummern 3.50 M.;— Extrablatt Nr. 50 bei der  
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad,  
Baukonto: Direction d. Discontogef., Zweigst. Wildb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile ober deren  
Raum M. 8.—, auswärtig M. 10.—;— Reklame-  
zeile M. 20.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden  
jeweils 2 M. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachschreibung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.



Nummer 254

Februar 179

Wildbad, Montag, den 30. Oktober 1922

Februar 179

57. Jahrgang

## Die Posttrennung des Rheinlandes

Ein französischer Geheimbericht

Der Vorsitzende der Finanzkommission der französischen Abgeordnetenkammer, Daricac, hat einen Geheimbericht über seine im amtlichen Auftrag unternommene Reise in das Rheinland erstattet. Da sein Bericht nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, spricht er ohne Zurückhaltung oder Verschleiierung von den wahren Zielen der französischen Politik. Ueber die Rheinlandpolitik heißt es nach der "Frf. Ztg." darin u. a.:

Jede französische Politik im Rheinland ist einer Vorbedingung untergeordnet: der verlängerten Besetzung des Rheingebiets. Ohne diese Sicherung ist diese Politik schwierig. In dem Leben einer Nation zählen fünf, zehn oder fünfzehn Jahre wenig. Wenn wir uns am Ende dieser kurzen Periode zurückziehen sollten, dann muß unsere Rolle sich auf eine Besetzung militärischer Garantien beschränken. Alle Arten von Möglichkeiten öffnen sich vor uns. In dieser Hinsicht hat die französische Regierung seit 1919 wohl zu wiederholten Malen erklärt, daß infolge Nichtausführung der deutschen Verpflichtungen die Fristen dieser Besetzung ausgedehnt werden. Der erste Akt unserer Politik ist die finanzielle Organisation des Rheinlands: eine Zollgrenze, im Osten gegen Deutschland erhöht und im Westen gegen Frankreich erniedrigt, um das wirtschaftliche Ertrügen zu vermeiden, das aus einer doppelten Zollmauer sich ergebe, die den Warenaustausch vermindert und das industrielle Leben des Rheinlands erschweren würde, ein vom Reichshaushalt getrennter Sonderhaushalt und Ersatz der schiffbrüchigen Mark durch ein gesundes Geld. Der zweite Akt ist die Ersetzung der preussischen Beamten durch rheinische Beamte, der dritte Akt die Ausdehnung der Gewalten der hohen Kommission und die Einberufung einer gewählten Versammlung.

Am Schlusse des Geheimberichts heißt es: Das sind zweifellos ehrgeizige Pläne, die aber, mit Weisheit und Unterscheidungsvermögen ausgeführt, und zwar in dem Maß ausgeführt, als Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen wird, vollkommen berechtigt sein werden. (1)

Das ist eine Politik langer Sicht, in der eine kluge Diplomatie nach und nach von Deutschland ein Rheinland lösen wird, welches frei ist unter der militärischen Hut Frankreichs und Belgiens.

Interessant ist auch folgender Abz.:

Die Schwerindustrie der Ruhr, die ganz in den Händen einiger Persönlichkeiten vereinigt ist, ist berufen, eine entscheidende Rolle in den Ereignissen zu spielen, die sich in Zukunft in Deutschland entwickeln werden. Auf diesem Gebiete kommt den Stinnes, Thyssen, Krupp, Haniel, Altkötter, den Funke, Mannesmann und drei oder vier anderen für Deutschland eine ähnliche wirtschaftliche Rolle zu wie den Carnegie, den Rockefeller, Harman, Vanderbilt und Gould in Amerika. Unter dem Gesichtspunkte der Entschädigung gaben sie bereits Angebote für die Zahlung der Verbandsforderungen dem deutschen Staat einzusetzen, zum wenigsten für die ersten Zahlungen, aber zu Bedingungen, die für unannehmbar gehalten werden. Wenn man sie hört, sind sie allein fähig, auf Grund ihrer stets wachsenden Unternehmungen, auf Grund ihres Credits, den ihnen das Ausland nicht versagen würde, also als Leihgaben für den deutschen Staat sich das Gold und die fremden Devisen zu verschaffen, welche der Staat selbst niemals mit Hilfe einer entwerteten Mark erlangen könnte.

In der Tat, wenn die Papiermark von Tag zu Tag sich entwertet, so bleiben die Produktionsmittel von Stinnes, Thyssen, Krupp, Haniel und ihren Genossen bestehen und haben Goldwert. Das ist es, was ihre Bedeutung und ihren Wert für uns alle ausmacht. Zweifelloser haben wir nicht die ganze Ruhr besetzt, aber durch unsere einfache gegenwärtige Besetzung halten wir in Wirklichkeit ihre ganze industrielle Produktion unter unserer Herrschaft. Wir haben tatsächlich den größten Teil des Ruhrbeckens besetzt, auf welchem die Hochöfen errichtet sind, ebenso wie die Höfen der Ruhr und des Rheins, durch welche diese Hochöfen mit Erzen gespeist werden. Auf diese Weise leisten wir die Eisenindustrie in zwei Teile.

## Tagesspiegel

Der angekündigte Staatsstreik der Foljisten ist in allen Städten Stationen planmäßig durchgeführt worden. Die Regierung hat den Befehl erlassen, alle öffentlichen Gebäude in den Städten besetzt zu werden.

In der französischen Kammer erklärte Poincaré, England habe während des Kriegs zuerst den Besitz von Konstantinopel den Russen versprochen.

Die roten Truppen der Sowjetrepublik des fernen Ostens haben nach dem Abzug der Japaner Wladiwostok besetzt.

Formen weit über 1000 Gäste. Der Parteivorstand hat die Tagung eröffnet und sagte in seiner Rede zum Schluss: Wir werden unsere Tätigkeit aus dem Reichstag hinaus hinaus verlegen. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus. Die großen politischen Schwägerien werden wir eindämmen suchen. Wir wollen dieses Theater nicht mehr mitmachen. Wenn wir aus Dopein hören, daß es den Katholiken verboten sein soll, deutschnational zu sein, und wenn man will, daß wir die monarchistische und deutschnationalistische Bewegung einstellen, dann ist die Antwort des Parteivorstands: Run erst recht!

Der Parteivorstand beschäftigte sich mit den Fällen der Abgabe von Gräse und Bulle und beschäftigte sich mit 100 gegen 11 Stimmen die Beschlüsse des Parteivorstands, wonach kein Parteivorstand und bei den Landesverbänden deutschvölkische Arbeits- und Studienauschüsse eingerichtet werden, dagegen die Gründung einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei oder die Umwandlung in eine solche außerhalb der Partei abgelehnt werden.

Am Worttag fand die Tagung der deutschnationalen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Hartwig statt. In einer Ansprache sagte Abgeordneter Hertig, unsere deutschnationalen Arbeiter seien einig mit der ganzen Partei, daß die deutsche Volkspartei ausschließlich Arbeiterangelegenheit ist und sein darf, sondern daß sie das ganze Volk angeht. Der deutschnationale Lehrerbund unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Kling sandte an seinen Schirmherrn Generalleutnant von Hindenburg eine Entschuldig: Der Deutschnationale Lehrerbund zu seinem dritten Bundesstag in Görlich versammelt, sende seinem Schirmherrn ehrerbietigste Grüße und gelobt, die deutsche Jugend in Gottesfurcht, zur Heilendevotung und zur Treue zu Volk und Vaterland zu erziehen.

### Vor der Entscheidung

Berlin, 29. Okt. Wie die Blätter berichten, bahnen sich in den innerpolitischen Verhältnissen des Reichs neue Dinge an, die von weittragender Bedeutung sein werden. Das entschiedene Auftreten der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft in den Besprechungen mit dem Reichskanzler habe bewirkt, daß man nun auch in Regierungskreisen zu der Erkenntnis gekommen sei, mit der Erfüllungspolitik müsse unbedingt ein Ende gemacht werden. Die Unzufriedenheit mit der Art, wie die Reichsgeschäfte geführt werden, nehme von Tag zu Tag zu, namentlich mache sich ein zunehmender Widerspruch in der Zentrumspartei bemerkbar. In der Vereinigten Sozialdemokratie mehrten sich die Stimmen, die für ein vorläufiges Ausscheiden aus der Koalition eintreten, um zunächst einem neuen Kabinettsklaus zu machen, das den achtstündigen Arbeitstag abschaffen sollte, von dessen Unhaltbarkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich ein großer Teil der sozialdemokratischen Führer nun selbst überzeugt habe. Die bürgerliche Arbeitergemeinschaft sehe dagegen in der erhöhten Arbeitsleistung das einzige Mittel, um die Verhältnisse wieder gesunden zu machen. Sie denke nicht daran, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen, sie könne aber nicht mehr zulassen, daß die sozialdemokratische Partei der Regierung eine Politik aufzwinge, die für das Bürgerturn unannehmbar sei. Dazu kommen die neuen unerhörten Forderungen der feindlichen Entente, namentlich die Kohlenleistungen, die Deutschland zugrunde richten müssen, wenn mit der bisherigen Politik nicht ein Ende gemacht werde. Mit dem Wiedervereinigen des Reichstags am 7. November werden wichtige Entscheidungen zu erwarten sein.

Wir haben vorstehende Berichte wiedergegeben, weil sie einen interessanten Einblick in die derzeitige politische Lage in der Reichshauptstadt gewähren. Ob sie im einzelnen zutreffend sind, mag zunächst dahingestellt bleiben, soweit ist aber sicher, daß die allgemeine politische Lage nach innen und außen mit Naturgewalt auf eine Entscheidung hindrängt;

in gewissem Sinn ist die gegenwärtige Zeit mit dem Ronald Juli des Jahres 1914 vergleichbar. Und daß sich in Berlin tatsächlich gewisse Änderungen vorbereiten, ist nicht unwahrscheinlich. Der Anstoß dürfte mit dem Besuch der Entschädigungskommission gegeben sein, der in Wirklichkeit doch nichts anderes bezweckt, als den letzten Teil des französischen Abwürgungsplans einzuleiten. D. Schriftg.

## Neue Nachrichten

Fruchlose Verhandlungen mit den Reichsarbeitern

Berlin, 27. Okt. Die im Reichsfinanzministerium geführten Verhandlungen über Lohnerhöhung sind abgebrochen worden. Während der freigewerkschaftliche Deutsche Eisenbahnerverband eine Stundenloohnerhöhung von 50 % verlangte, hatte die Regierung nur zu einer vom 1. Sept. an wirksamen Erhöhung bereit, die am 1. November, stufenweise ansteigend, den Betrag von 22 % für die Stunde erreichte. Die kommunistische "Rote Fahne" richtete heftige Angriffe gegen den Verkehrsminister Gröner und wurde deshalb verboten. Auch eine von dem Blatt einberufene Versammlung der Eisenbahner wurde verboten. Die Erregung unter den Berliner Eisenbahner ist sehr groß. Eine Vertreterversammlung beschloß mit den "scharfsten Mitteln", d. h. dem Streik.

Vergehen über die bayerische Denkschrift

Berlin, 29. Okt. In der Mittelstandsversammlung der Bayerischen Volkspartei hielt Ministerpräsident Graf Lechenefeld eine Rede. Er führte aus, der Mittelstand sei das Rückgrat des Staats nach Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung, das festeste Bollwerk gegen den Bolschewismus. Schon deshalb sei es Pflicht des Staats, den Mittelstand zu erhalten. Die Denkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung sei vielfach falsch verstanden worden. Nicht dem Staatssozialismus oder der Zwangswirtschaft wolle sie das Wort reden, sondern sie sollte dem Reich gegenüber zum Ausdruck bringen, daß es höchste Zeit sei, endlich tatkräftig mit wirksamen Maßnahmen gegen die Geldentwertung vorzugehen. Man dürfe die Schuld nicht bloß im Ausland suchen, auch im Innern müsse finanzielle und wirtschaftliche Ordnung geschaffen werden. — Geheimrat Dr. Heim bezeichnete den Mangel an vaterländischem Gefühl als die Ursache alles Übels. Es sei ein Verbrechen ohne gleichen gewesen, nach dem Waffenstillstand die Waffen wegzuwerfen. Heute trage Deutschland die Folgen; wir seien die Hunde der Welt.

Die Wut gegen die Zwingerherren

Potsdam, 29. Okt. Eine Anzahl Personen umringte hier das Auto einer feindlichen Ueberwachungskommission und bewar es mit Steinen, Scheiten und anderen Gegenständen. Dabei wurden die Fenstergehäusen des Gefährts zertrümmert. Das Auto flüchtete in den Hof der Kaserne und veruchte von der Rückseite des Kasernenhofs zu entkommen. Doch auch hier wurde der Wagen umstellt, und abermals wiederholte sich der Vorgang. Wiederum mußte das Auto in die Kaserne zurückkehren und konnte erst nach zweiwündigem Warten den Hof ungehindert verlassen.

Die Auflösung des Thüringischen Landtags abgelehnt

Weimar, 29. Okt. Der Thüringische Landtag hat mit 28 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 23 bürgerliche Stimmen die Auflösung des Landtags abgelehnt. Justizminister Brandenstein (Soz.) ist zurückgetreten.

Eine Warnung aus Oesterreich

Wien, 27. Okt. Die "Reichspost" berichtet unter Anführung von Einzelheiten von einem Massenaustrag der bei dem Zusammenbruch in Wien tätig gewesenen ausländischen Spekulanten nach Berlin. Es handelt sich um Pasmacher von größter Routine, welche den Ausverkauf Oesterreichs in den letzten Jahren in den Händen hatten und durch ihre riesenhaften Devisenspekulationen den Zusammenbruch der österrichischen Währung auf dem Gewissen haben. Außerdem ist in der letzten Woche die große Schor der Dollars- und Pfundrentner in Wien, die Oesterreich als das billigste Land Europas zum Aufenthalt gewählt hatten, nach dem Deutschen Reich abgezogen, weil es sich nunmehr dort um zwei Drittel bis drei Viertel billiger als in Wien leben läßt, so daß jetzt die großen Hotels in Wien, die jahrelang bis zum letzten Fassungsraum belegt waren, ziemlich verödet sind. Wenn die deutsche Regierung nicht sofort Scheinkäufen von Häusern oder Grundstücken durch reichsdeutsche Mittelmänner oder direkten Grundstücksäufen durch Ausländer ein Ziel setzt, wird Berlin bald ebenso wie Wien und der größte Grundbesitz zu drei

## Der deutschnationale Parteitag

Görlich, 29. Okt. In dem großen Saal der Stadthalle wurde die erste öffentliche Sitzung des deutschnationalen Parteitag abgehalten. Ueber 1100 Vertreter aus allen Bezirken Deutschlands hatten sich eingefunden; dazu

